

Handel, in den Gewerben, in Künsten und Wissenschaften? Die Staatskunst, also die Wissenschaft von der besten Art, wie das Gemeindegeld und öffentliche Leben zum Wohle aller Bürger einzurichten ist, ist nun aber am allerschwersten zu ergründen. Ist es da mit einigen allgemeinen Redensarten, ja mit verschiedenen lebhaft ausgesprochenen Wünschen und Hoffnungen abgemahnen und wieder nein, jedes Geschäft fordert eifriges Lernen und geduldiges Ueben, es verlangt vieljährigen Fleiß, Besonnenheit und Muth und Ausdauer — alles dieses muß beisammen sein, und dann noch der Segen von oben kommen, wenn das Werk den Meister loben soll: den Meister und nicht den Lehrling; ein Lehrling zeigt durch Ungeduld, Anmaßung und Herrschsucht nur die Unfähigkeit es jemals zum Meister zu bringen.

So waren also ebenfowol von Berlin her, als selbst in unsrer Gegend die Umstände sehr traurig. Die Bande des Gesetzes, des Rechts, der Sitte und Zucht waren, wenn nicht gelöst, doch sehr gelockert. Die nothwendige Unterordnung der Bürger unter ihre Obrigkeiten wurde verkannt, jede örtliche Mehrheit in sogenannten Volksversammlungen glaubte berufen zu sein zur Beherrschung der Gemeinde oder doch zur Leitung der Gemeinde-Vorstände. Und in diesen Versammlungen war es für die besonnenen Geschäftskundigen Männer nicht gerathen gegen die in Aufregung und Leidenschaft gesetzte Menge Widerspruch zu erheben, weil darauf durch die gangbar gewordenen Zeichen des s. g. Volksmüßwillens geantwortet zu werden pflegte, als da sind: Scharren, Trampeln, Schlagen mit Füßen und Fäusten, Ragenmuffen, Fenster einwerfen, und dergl. Und dabei, oder vielmehr dadurch, wuchs auch bei uns die Verarmung des Volkes, weil die Gewerbe und der Handel immer mehr bedrückt wurden, und das Vertrauen in eine bessere Zukunft für den Bürger und Landmann immer mehr sank.

Unter solchen Zuständen kamen viele hiesige Bürger zur Einsicht, daß es nicht bloß der guten Sache dienlich, sondern daß es die Pflicht aller Gutgesinnten wäre, sich zu einem Bürgervereine zu verbinden, der sich offen und unbedingt ausspräche, wie für das Recht des Königs und der Regierung, so auch für die gesetzlich verheißene Freiheit des Volkes. Dieser Erkenntniß folgte denn auch bald die That. Am 23. November 1848 gründete sich hier der Constitutionell monarchische Bürger-Verein. Derselbe ist dazu bestimmt, alle denkenden und ehrenhaften Bürger der Stadt und der Umgegend in sich aufzunehmen, und seine Zusammenkünfte sind öffentlich. Die Statuten des Vereins sollen im nächsten Blatte mitgetheilt, und von dessen Wirken soll in diesen Blättern ununterbrochen Bericht erstattet werden.

A m t l i c h e s .

Laut einer Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Minden sind die Wahlbezirke in unserm Regierungsbezirke folgendermaßen eingetheilt: Im Regierungsbezirk Minden sind die Wahlorte der 2 Bezirke zur ersten Kammer: 1) Herford für: Minden, Lübbecke, Herford, Bielefeld, Halle, Wiedenbrück (ein Theil.) — 2) Paderborn für: Wiedenbrück (übrigen Theil) Büren, Paderborn, Warburg, Höxter. — Die Wahlorte der 5 Bezirke zur zweiten Kammer: 1) Minden für Minden (außer dem Amt Rehme u. Gemeinden Berse u. Gidinghausen) Lübbecke (3. Theil). — 2) Herford für Herford, Lübbecke (der übr. Theil) Minden, Rehme u. s. w. — 3) Bielefeld, für Bielefeld, Halle, Wiedenbrück (ein Theil.) — 4) Paderborn, für Paderborn, Wiedenbrück (übr. Theil mit der Stadt B.) Büren (ohne das Amt Lichtenau.) — 5) Brakel für Büren (Amt Lichtenau), Warburg, Höxter.

D e u t s c h l a n d .

Berlin, 31. Dec. Das Gerücht beschäftigt sich jetzt wieder viel mit einem bevorstehenden Rücktritt des Ministeriums. „Wir erhalten jedoch“, sagt die „Lithogr. Corresp.“, „die glaubwürdige Mittheilung, daß das Ministerium jetzt nicht daran denkt, zurück zu treten, daß dasselbe vielmehr bis nach gehöriger Constitution der Kammer an seiner Stelle zu bleiben und zuvörderst vor dieser seine Maßregeln zu rechtfertigen beabsichtigt.“ —

Eine Glückwunsch-Adresse, welche seit mehreren Tagen circulirt, soll dem Könige durch eine Deputation zum Neujahr überreicht werden. Auch der Prinzessin von Preußen wird durch eine Anzahl den höheren Ständen angehöriger Damen eine Huldigung bereitet. Die zu diesem Zwecke veranstaltete Sammlung soll einen reichen Ertrag gewährt haben. Mit dem Ueberschusse der eingegangenen Summe beabsichtigt man eine Stiftung zu gründen, welche den Namen der Fürstin führen wird. — In Berücksichtigung der Noth der mittellosen Bevölkerung hat das königliche Leihamt eine sehr dankenswerthe Einrichtung getroffen. Es wird mit Beginn des neuen Jahres eine Sparkasse in der Art mit der

Leihanstalt verbunden, daß die Verpänder Gelegenheit erhalten, die empfangenen Darlehen nach und nach in Theilzahlungen von 5 Sgr. ab zu berichtigen, wobei ihnen für diese Theilzahlungen eben so hohe Zinsen als für die Darlehen selbst berechnet werden. Auch die Auktionskosten für den Verkauf verfallener Pfänder sind auf die Hälfte (6 Pfennige für den Thaler des Erlöses) herabgesetzt worden.

— Die Vermehrung der Bank-Comptoirs zur Erleichterung der kaufmännischen Verhältnisse, wodurch die bedenklichen Schwierigkeiten der Gründung von Privatbanken zum Theile vermieden werden können, wird jetzt von den Kaufmannschaften mehrerer ansehnlichen Plätze gewünscht. So sind wir benachrichtigt, daß auch die Bresfelder darum gebeten haben. Wenn die Bank die Gelentigkeit ihrer Verwaltung erhöht, so dürfte sie sich dadurch einen sehr erweiterten Wirkungskreis verschaffen und die ihrem besondern Interesse immer nicht angenehme Concurrenz von neuen Privatbanken, auch zur größeren Sicherheit des Publicums, fern halten.

D. R.

Breslau, 28. Dec. Hier circuliren wieder ein paar Altentstücke, welche die Thätigkeit der demokratischen Partei in Schlesien vollständig schildern. Als rother Faden zieht sich durch das Ganze der Ruf nach Geld; der Firsch kann nicht ärger nach frischem Wasser schreien, als der ehrwürdige „Provinzial-Ausschuß“ nach frischen Beiträgen. „Mitbürger“, heißt es in dem einen, „wir schlagen euch vor, um den Druck unserer Proclamationen in 30 — 40,000 Exemplaren bestreiten zu können: Sammelt in jeder Sitzung freiwillige Beiträge, einzig und allein zu dem Zwecke, die Wahl-Agitation möglichst zu unterstützen! Es wäre eine Schande, wenn unsere Bemühungen nur durch das leidige Geld scheiterten. Erinnert euch an Irland! Auf alle Fälle erwarten wir binnen 8 Tagen Antwort von euch, ob ihr Bechufs der Wahl-Agitation in jeder Sitzung sammeln wollt. Der Provinzial-Ausschuß.“

R. 3.

Erfurt, 28. Dec. Heute Morgens 7½ Uhr wurde unsere belagerte Stadt durch einen Kanonenschuß in nicht geringen Schrecken versetzt. Ein Kanonier, der wegen eines Vergehens degradirt worden war, feuerte auf dem ¼ Stunde vor der Stadt gelegenen Fort Petersberg eine zwölfpfündige Kanonenkugel auf seine eigene Person ab. Die Kanone hatte noch vom 24. Nov. her die Richtung nach der Stadt, so daß die Kugel in dieselbe flog, einen Theil des Pachthofes mit sich forttrieb und noch vier andere Häuser beschädigte; ein Arm des Unglücklichen wurde auf dem Wilhelmsplatze, Kopf und Füße im Stadtgraben aufgefunden, der mittlere Theil des Körpers ist in der Luft zerstoßen. — Unser Exdeputirter Kradrügge ist nun hier wieder angelangt, ohne daß ihm, wie dies der Belagerungszustand mit sich bringt, ein Zeichen der Billigung oder Mißbilligung geworden. Derselbe will, wie man hört, auf die Wiederwahl in eine der Kammern verzichten. Desto thätiger zeigt er sich in der Wahl-Agitation für Andere; so eben hält er zu diesem Behufe außerhalb des Belagerungs-Rayons eine Wahl-Versammlung ab. — In Folge der Ereignisse vom 24. v. M. sind nun auf beiden Seiten 53 Menschen gestorben, die meisten nachträglich an den Wunden. Die Gefangenen, welche sich jetzt auf 115 reducirt haben und in Militär-Gefängnissen retinirt werden, sollen, wegen anderweitiger Verwendung der letzteren, in ordentliche Civil-Gefängnisse außerhalb Erfurts gebracht werden. Der Proceß geht nur sehr langsam vor sich, trotzdem daß das Criminal-Gericht täglich von 8—12 und von 2—7 unter den Gefangenen mit Aufnahme der Beweismittel und Zeugerhöre zubringt. Voss. 3.

Frankfurt, 29. December. Der Verfassungs-Ausschuß hat die Abschnitte vom Reichs-Oberhaupt und vom Reichsrath in folgender Fassung angenommen:

Das Reichs-Oberhaupt. Art. 1. § 1. Die Würde des Reichs-Oberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen. [Die in dem Vorschlage der „Sub-Commission“ enthaltene Bestimmung der „Erblichkeit“ ist demnach vom Plenum des Verfassungs-Ausschusses beseitigt, ohne daß eine entgegengesetzte Bestimmung, Wahl oder Turnus dafür angenommen worden ist.] § 2. Das Reichs-Oberhaupt führt den Titel: „Kaiser der Deutschen.“ § 3. Die Residenz des Kaisers ist am Sitz der Reichs-Regierung. Wenigstens während der Dauer des Reichs-Tages wird der Kaiser dort bleibend residiren. So oft sich der Kaiser nicht am Sitz der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichs-Minister in seiner unmittelbaren Umgebung sein. Die Bestimmungen über den Sitz der Reichs-Regierung werden einem Reichs-Gesetze vorbehalten. § 4. Der Kaiser bezieht eine Civilliste, welche der Reichstag festsetzt. Art. 11. § 5. Die Person des Kaisers ist unverleßlich. Der Kaiser übt die ihm übertragene Gewalt durch verantwortliche, von ihm ernannte Minister aus. § 6. Alle Regierungs-Handlungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung von wenigstens einem der Reichs-Minister, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt. Art. III. § 7. Der Kaiser übt die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reiches und der einzelnen deutschen Staaten aus. Er stellt die Reichs-Gesandten und die Consuln an, und führt den diplomatischen Verkehr. § 8. Der Kaiser erklärt Krieg und schließt Frieden. § 9. Der Kaiser schließt Bündnisse und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichs-Tages, in so weit diese verfassungsmäßig vorbehalten ist. § 10. Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhaltes, welche deutsche Regierungen unter sich oder mit auswärtigen Regierungen abschließen sind dem Kaiser